

ditionalistische Ordensgemeinschaft päpstlichen Rechts unter dem Namen „Saint Vincent Ferrier“ errichtet habe. Die 1979 gegründete Gemeinschaft von Chéméré-le-Roi verwendet die Konstitutionen und die Liturgie der Dominikaner aus der Zeit vor dem Konzil. Gegen diese Regelung wenden die Dominikaner vor allem ein, eine Gemeinschaft könne nicht Teile einer Ordenstradition übernehmen, „ohne daß dies aus einer rechtlichen wie tatsächlichen Zugehörigkeit zum Dominikanerorden gelebt wird“ (Provinzoberer *Francis Marnette*, in: *Actualité Religieuse dans le Monde*, 15. 1. 89).

## Eine wirkliche Verständigung findet nicht statt

Der Vorsitzende der französischen Bischofskonferenz und Erzbischof von Lyon, Kardinal *Albert Decourtray*, nahm die Wiedereingliederung des Lefebvre-Priesters und früheren Verantwortlichen des Lyoneser Priorates der Priesterbruderschaft St. Pius X., *Christian Laffargue*, in den Diözesanklerus von Lyon zum Anlaß für eine breitere Erläuterung des kirchlichen Vorge-

hens gegenüber den Traditionalisten vor dem Priesterrat und dem Diözesanpastoralrat seines Bistums (vgl. den Wortlaut, in: *Documentation Catholique*, 2. 10. 88). Laffargue hatte er mit der Verantwortung für eine Kapelle betraut, in der Messen im tridentinischen Ritus stattfinden. Außerdem hatte er ihn mit der Spendung des Bußsakraments beauftragt (während ihm die Spendung anderer Sakramente, vor allem des Ehesakraments, vorläufig untersagt bleibt).

Decourtray wies in dem Zusammenhang darauf hin, daß das unbedingte Festhalten an der vorkonziliaren Liturgie vielfach nur eine tiefer liegende Haltung verdecke, nämlich die Ablehnung der Autorität des Konzils sowie der Päpste Johannes' XXIII., Pauls VI. und Johannes Pauls II. Solange es sich lediglich um die „Liebe zum Latein“ oder um Reaktionen gegenüber einigen Mißbräuchen der Nachkonzilszeit handele, sei die entgegenkommende Haltung der Kirche verständlich. Unakzeptabel aber sei eine latente Ablehnung des Konzils. Auch der Hinweis auf die katholischen Riten der Ostkirchen mache keinen Sinn: In keiner dieser Kirchen wende man sich gegen das Konzil. De-

courtray räumte jedoch ein, daß sich in der Praxis beide Haltungen oftmals vermischten.

Gespräche mit weiteren Priestern, Gruppen und Gemeinschaften finden in verschiedenen Teilen Frankreichs statt, etwa auch mit dem Bruder des Priors von Chéméré-le-Roi, *Bruno de Bliignièrès*, der zusammen mit Lefebvre-Traditionalisten seit Jahren die Pfarrkirche Port-Marly besetzt hält (vgl. HK, August 1987, 396), während die Besetzer der Pariser Pfarrkirche Saint Nicolas du Chardonnet und ihr „Pfarrer“ *Philippe Laguérie* Marcel Lefebvre weiterhin die Treue halten. Für Frankreich aber gilt noch mehr als für andere, vor allem die deutschsprachigen Länder: Viele Fragen im Zusammenhang mit der Wiedereingliederung der Traditionalisten sind noch ungelöst, z. B. was deren Haltung zum Zweiten Vatikanum angeht. Alles sieht derweil danach aus, als entstehe mit voller römischer Billigung eine Art *Parallelkirche* innerhalb der katholischen Kirche, nicht nur mit eigener Liturgie, sondern auch mit eigener Lehre. Eine wirkliche Verständigung über das Traditions- und Kirchenverständnis scheint nicht stattzufinden und auch nicht abverlangt zu werden. K. N.

## DDR contra Sowjetunion?

### Warum die SED die Perestroika nicht mitmacht

*Daß in der DDR-Bevölkerung derzeit massive Unzufriedenheit und Resignation grassieren, hat nicht zuletzt mit der Abgrenzung der Staats- und Parteiführung gegenüber dem Reformkurs in der Sowjetunion zu tun. Wo liegen die Gründe dafür, daß die DDR anders als Ungarn und Polen von wirtschaftlich-politischer Umgestaltung und Freiraum für öffentliche Auseinandersetzung nichts wissen will?*

Wer sich die Frage stellt, warum die DDR die gegenwärtige von Michael Gorbatschow initiierte Reformpolitik der Sowjetunion nicht mitmacht, muß sich zunächst einmal die Zielsetzung von Perestroika und Glasnost vergegenwärtigen. Es geht dabei vor allem darum, den Kommunismus effizienter zu machen. Durch Reformen im wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Bereich soll dessen Lebensfähigkeit in der Welt von heute gesichert werden. Die allmählich existenzgefährdende Kluft – einerseits Supermacht im militärischen Bereich und ande-

rerseits ein Nahezu-Entwicklungsland mit katastrophalen Mängeln auf anderen Feldern (Infrastruktur, Versorgungs- und Dienstleistungswesen) – soll beseitigt werden. Die Reformen zur Modernisierung des Systems erfordern gewaltige Mittel, so daß die Sowjetunion gegenwärtig ein vitales Interesse an einer Friedenspolitik und an Abrüstungsmaßnahmen hat. Ziel von Perestroika und Glasnost ist aber nicht und kann nicht sein eine Destabilisierung des Kommunismus oder gar eine Preisgabe von Teilen des Sowjetimperiums bzw. des kommunistischen Machtbereichs. Auch Gorbatschow würde vermutlich nicht zögern, als letztes Mittel Truppen einzusetzen, um gravierende Interessen der kommunistischen Herrschaft zu sichern.

Perestroika und Glasnost sind für die Sowjetunion mit ihren verkrusteten Strukturen in Wirtschaft und Gesellschaft, in der das Erbe der Stalinzeit noch nicht überwunden ist, unzweifelhaft ein *großer, historisch be-*

*deutsamer Aufbruch.* Erstmals gibt es wirkliche Versuche zu einer Demokratisierung in verschiedenen Bereichen und zu einem Umdenken, doch bewundert und engagiert unterstützt wird dieser Aufbruch gegenwärtig mehr im Ausland und von sowjetischen Intellektuellen als vom sowjetischen Volk. Den einfachen Sowjetbürgern brachten Perestroika und Glasnost bislang nicht viel, manche Versorgungsmängel sind sogar noch schlimmer geworden. Das Sowjetvolk in seiner Breite verhält sich daher eher skeptisch abwartend als begeistert. Es sind mehr Reformen von oben, von Gorbatschow und seinen Anhängern ins Werk gesetzt und vorangetrieben, als eine Reformbewegung der Massen. Wenn nicht in absehbarer Zeit die Perestroika positive Auswirkungen auch auf den Lebensstandard der Sowjetbürger hat, werden Rückschläge unvermeidlich werden.

## Die DDR fühlt sich weiterhin als Frontstaat

Aber die Gründe, deretwegen sich die DDR gegen die sowjetische Reformpolitik sträubt, liegen nicht hauptsächlich darin, sie sind viel komplexer.

1. Verbunden mit Elementen preußisch-deutscher Überheblichkeit geht die SED-Führung davon aus, daß angesichts unterschiedlicher Entwicklungsbedingungen in der DDR keine Perestroika im aktuell sowjetischen Sinne nötig ist, weil es derartige gesellschaftliche Verkrustungen und Mängel in der Wirtschafts- und Staatsführung in der DDR entweder nie gegeben hat oder diese schon früher überwunden wurden. Manches, was jetzt in der Sowjetunion korrigiert wird, gab es in der DDR tatsächlich nicht: Der Stalinismus konnte sich z. B. hier nur relativ kurz und nur in begrenztem Umfang entfalten. Es gab einst zwar auch in der DDR Parteisäuberungen, aber ohne blutige Abrechnung wie in der Sowjetunion. Die DDR mußte sich stets in unmittelbarer Konkurrenz zur Bundesrepublik Deutschland entwickeln, viele Jahre war die Abstimmung mit den Füßen für unzufriedene DDR-Bürger relativ gefahrlos möglich, die Kirchen wurden in der DDR zwar bedrängt, aber nie verfolgt.

2. Der gravierendste Punkt ist aber, daß die DDR infolge der Existenz der Bundesrepublik als ein besonders verletzlicher Staat eingeschätzt wird, denn die meisten DDR-Bürger sehen in der DDR nicht ihr Vaterland, sondern fühlen sich als Deutsche. Es gelingt der SED-Führung nicht, der Bevölkerung ein DDR eigenes nationales Identitätsgefühl zu vermitteln. Daher rührt die große Furcht der SED-Führung vor grundlegenden Reformen, weil diese destabilisierend wirken könnten. Prof. *Otto Reinhold* (Rektor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED) begründete Anfang Dezember 1988 vor dem ZK das Festhalten der DDR an ihrem Kurs mit dem Hinweis auf die „besondere geopolitische Lage“. An der „sensibelsten Grenze der Welt“ sei „politische Stabilität wesentliches Element der Friedenssicherung“. Diese Stabilität unter allen Bedin-

gungen zu sichern, müsse daher stets eine Kernfrage „der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in unserem Lande sein“. – Die DDR fühlt sich also weiterhin als „Frontstaat“ an der Nahtstelle zum kapitalistischen System, in dem Reformen nur mit größter Vorsicht und Behutsamkeit möglich sind.

Die SED-Führung verfolgt den Kurs von Gorbatschow *mit großer Skepsis*, weil sie noch keineswegs davon überzeugt ist, daß dieser Prozeß der Umgestaltung schon wirklich unumkehrbar ist. Ein Scheitern von Gorbatschow mit einer nachfolgenden Korrektur seines Reformkurses wird für durchaus möglich gehalten. Im übrigen entspricht es auch fester SED-Tradition, bei Auseinandersetzungen in Moskau oder in anderen kommunistischen Hauptstädten stets auf der Seite der Reformgegner zu stehen. Nach der bisherigen Erfahrung der SED-Führung sind all jene, die früher den Kommunismus zu reformieren versuchten (Malenkov und Chruschtschow, Dubček, Gomulka und Nagy, aber auch aus den eigenen Reihen Wilhelm Zaisser, Rudolf Herrnstadt, Karl Schirdewan, Ernst Wollweber), gescheitert. Auf diesem Hintergrund ist es verständlich, daß die SED-Führung gegen den Gorbatschow-Kurs mehr oder weniger vorsichtig Vorbehalte und Skepsis artikuliert und diesen recht eindeutig für die DDR als unaktuell bzw. unzweckmäßig einschätzt und auf Zeitgewinn setzt. Dies schließt kleine Konzessionen in Teilbereichen wie dem kulturellen und wissenschaftlichen nicht aus. Diese werden jedoch verbal nicht mit der Perestroika in Verbindung gebracht.

## Diskussion über Fehler wird nicht zugelassen

In dieses Bild paßt, daß *Erich Honecker* in seiner Rede vor den 1. Sekretären der SED-Kreisleitungen am 12. Februar 1988 die Politik seiner Amtszeit selbst als „Reformpolitik“ charakterisierte. Die SED sei „die Partei der Neuerer“, die „rechtzeitig und flexibel“ auf neue Fragen reagiere. Noch eindeutiger äußerte sich Honecker auf der Sitzung des SED-Zentralkomitees am 1. und 2. Dezember 1988. Nach dem verbalen Bekenntnis, daß die DDR „den Prozeß der Umgestaltung in der Sowjetunion“ unterstütze, weil dieser von „großer Bedeutung für die Stärkung des Weltsozialismus und die Sicherung des Friedens“ sei, betonte er – wie ein Nationalkommunist – das Recht auf einen eigenen Weg und erklärte, daß „es kein für alle sozialistischen Länder geltendes Modell gibt“ und daß sich die SED von ihrem Kurs nicht abbringen lassen und nicht „in die Anarchie marschieren“ will. Die Reformdiskussion in der Sowjetunion wird dementsprechend als innere Angelegenheit der UdSSR hingestellt. Über eigene Fehler in der Vergangenheit soll nicht diskutiert werden. Grundsätze dabei sind: Die Führungsrolle und das Selbstverständnis der SED sollen nicht angetastet werden; eine Revision der Geschichtsschreibung der SED wird nicht geduldet; der Spielraum für gesellschaftliche

Aktivitäten und Bewegungen darf nicht erweitert werden, alles muß unter Kontrolle der Partei bleiben.

Bei dieser Linie hat die SED-Führung kein schlechtes Gewissen. Schließlich hat Gorbatschow selbst bisher geltende kommunistische Glaubenssätze aufgehoben: Die Sowjetunion steht nun nicht mehr auf einer höheren sozialen Entwicklungsstufe als die „Volksdemokratie“ und deshalb steht ihr auch nicht der Führungsanspruch in der kommunistischen Weltbewegung zu. Außerdem bekräftigte er nachdrücklicher und auch glaubwürdiger als je ein sowjetischer Parteichef vor ihm, daß alle anderen kommunistischen Staaten das Recht haben, eigene Wege beim Aufbau des Sozialismus zu beschreiten. Dennoch ist für die SED-Führung die Situation jetzt schwierig. Jahrzehntlang wurde propagiert, von der Sowjetunion lernen, heiße siegen lernen. Die Orientierung am Kurs der KPdSU galt als Indiz vorbildlicher kommunistischer Gesinnung. Auch anderes änderte sich: Während früher Machthaber der Sowjetunion, so z. B. Stalin und Breschnew, bei der Bevölkerung der DDR verhaßt bzw. zumindest unbeliebt waren, so ist heute Gorbatschow vor allem bei der Jugend bzw. bei Intellektuellen bis hinein in die Kader der SED ein Hoffnungsträger und beliebter als die Mitglieder der eigenen überalterten Führung. Während früher Westmedien und Westpublikationen als große Gefahr für die innere Stabilität angesehen wurden, wird heute Westfernsehen geduldet – jetzt hat die Abschottung vor Reformideen aus der Sowjetunion und den anderen reformfreudigen kommunistischen Staaten Priorität. Die SED-Führung ist gegenwärtig eifrig bemüht, sämtliche Ritzen gegen Reformwinde aus dem Osten zu verstopfen.

Die in sowjetischen Publikationen freimütig geführten *Diskussionen über die Fehler und Verbrechen in der Stalinära* beunruhigen die SED-Führung in hohem Maße. Jede öffentliche Diskussion sowohl über Perestroika und Glasnost als auch über die Stalinzeit wird in der DDR unterdrückt. Eine Stalin-Kritik könnte immerhin auch eine Diskussion über bisher verdrängte Fragen der Geschichte der KPD und der SED herausfordern. Insofern ist z. B. das Verbot der Verbreitung der stark beachteten sowjetischen Zeitschrift „Sputnik“ sowie einiger sowjetischer Filme mit kritischen Ausführungen über die Stalinära verständlich.

## Dennoch kann sich die SED dem Reformdruck nicht gänzlich entziehen

Die SED-Führung fürchtet weniger die Auswirkungen von Gorbatschows Reformideen im Innern (Wirtschaft, Verfassung, Rechtswesen) als die Anschläge auf das ideologische Lehrgebäude bzw. des Kratzen an antifaschistischen Legenden. Schließlich leitet die DDR, im Unterschied zu anderen kommunistischen Staaten ihre Existenzberechtigung von einer *speziellen ideologischen Konstruktion* ab: Der kommunistische Widerstand gegen die Nazis ist Hauptbestandteil ihrer Legitimität bzw. wird gegenüber der Bevölkerung als solcher ausgegeben. Eine freie, selbst gutwillige Diskussion wird gefürchtet, weil sie

letztlich Zweifel an der Autorität und Sachkompetenz der SED-Führung nähren könnte. Während in der Sowjetunion eine gründliche Revision der Parteigeschichte vorgenommen wird, geschieht in der DDR diesbezüglich nichts. Die sowjetische Regierungszeitung „Iswestija“ schrieb am 10. Juni 1988: „Es ist unmöglich, heute Geschichte und Gesellschaftskunde nach Lehrbüchern und Unterlagen zu lernen und zu unterrichten, die heute vorhanden sind.“ Der Geschichtsunterricht wurde als „Vergiftung des Geistes und der Seele durch Lügen“ charakterisiert.

Anlässlich des 70. Gründungstages der KPD (30. Dezember 1918) verabschiedete das Zentralkomitee der SED Anfang Juli 1988 Thesen, in denen ein Bekenntnis zur stalinistischen Tradition der KPD abgelegt wird und keinerlei Korrekturen an der jüngsten Parteigeschichte zugelassen werden. Die SED lehnt – im Unterschied zur KPdSU – auch eine Kritik am Hitler-Stalin-Pakt von 1939 ab. Sie ist nicht gewillt, die sowjetische Korrektur an der Entstehungsgeschichte des sozialistischen Lagers mitzumachen, nach der Stalin den in Osteuropa entstandenen politischen Pluralismus damals erstickt und den Ländern das sowjetische Gesellschaftssystem aufoktroziert habe. Auch die von sowjetischen Historikern vorgenommene Korrektur an der Entstehungsgeschichte des Kalten Krieges und die Charakterisierung der Berliner Mauer als „Relikt“ dieses Krieges wird nicht mitgemacht. Auch hier glaubt die SED-Führung, daß eine Übernahme derartiger Korrekturen am Geschichtsbild destabilisierend wirkt.

## Hoffnungen, auf die sich die Bevölkerung stützt

So befinden sich die Machthaber der DDR ideologisch in einer für sie *nicht ungefährlichen Defensive*. Überall wittern sie feindliche Einflüsse und sehen sich umstellt. Neu ist dabei, daß die SED-Führung nun einen Zwei-Fronten-Kampf führen muß: Einerseits gegen die immer noch dämonisierte Bundesrepublik und andererseits – was jetzt als noch wichtiger gilt – gegen die Reformeinflüsse aus dem Osten. Im Rahmen des von ihr angenommenen Handlungsspielraums ist die SED-Führung mit fragwürdigem Erfolg bemüht zu lavieren. Trotz verbaler Distanz zu Perestroika kann sie sich dem Reformdruck nicht gänzlich entziehen. Sie ist zu Gratwanderungen gezwungen. Die *großzügigere Bewilligung von Westreisen* soll beruhigend wirken und ein Ventil für Überdruck öffnen, doch dies ist zweischneidig. Mehr DDR-Bürger als früher stellen nun aufgrund eigener Erfahrungen Vergleiche zwischen den beiden Staats- und Gesellschaftsordnungen in Deutschland an. Meist werden sie dadurch anspruchsvoller und – da die DDR gestiegene Ansprüche nicht befriedigen kann – noch unzufriedener. Die Erwartung der SED-Führer, daß mehr Freizügigkeit bei Westreisen den Flucht- und Übersiedlungsdrang abstoppen könne, erweist sich als trügerisch. Da bei den Menschen in der

DDR die Hoffnung auf grundlegende Änderungen in absehbarer Zeit durch die betonte Distanzierung der SED-Führung von der Perestrojka abnimmt, steigt der Wunsch zur Übersiedlung oder die Resignation.

Dennoch ist die DDR-Bevölkerung nicht ohne jede Hoffnung. Angesichts der Überalterung des SED-Politbüros (Erich Honecker wird 77 Jahre, die Politbüromitglieder *Mielke*, *Neumann* und *Hager* sind noch älter, das Durchschnittsalter im SED-Politbüro beträgt 65 Jahre) wird auf einen *Generationswechsel* und danach auf einen modernen Kurs gehofft. Der alten Garde im SED-Politbüro wird weder der Wille noch die Kraft zugetraut, Ideen für eine neuartige Politik zu entwickeln. Sie kann nur weiterwursteln. Die meisten Mitglieder des SED-Politbüros wurden schließlich politisch vornehmlich geprägt durch die Erfahrungen in der Hitler/Stalin-Zeit bzw. im Spätstalinismus der Nachkriegsjahre. Diese Führungsgruppe ist auch kaum willens, sich an neue Gesichter zu gewöhnen und einen zielstrebigem Kurs zur Verjüngung der Parteiführung zu unternehmen. Auch in der Provinz sind die Leiter wichtiger Industriekombinate zum Teil seit 30 Jahren im Amt und eigentlich auch schon pensionsreif. Gegenwärtig hat die SED-Führung ein vitales Interesse daran, eine Personaldiskussion möglichst im Keim zu ersticken und die Bevölkerung bezüglich ihren Hoffnungen auf einen Wandel unter einer neuen Führung zu desillusionieren. Im Zusammenhang mit der Vorverlegung des nächsten SED-Parteitages vom März 1991 auf Mai 1990 wurde bereits dessen Tagesordnung bekanntgegeben. Daraus geht hervor, daß *Erich Honecker*, *Willi Stoph* (74, Ministerpräsident) und *Horst Sindermann* (73, Präsident der Volkskammer) die Hauptreferate halten. Damit wurde unverblümt signalisiert, daß keine Veränderungen im Kern der Parteiführung zu erhoffen sind. Honecker selbst fühlt sich körperlich und geistig seinen Aufgaben noch gewachsen. Doch ob dies im Mai 1990 noch so sein wird?

Nicht wenige Bürger der DDR erhoffen von Gorbatschow Unterstützung bei der Beeinflussung der SED-Führung. Diese Hoffnung dürfte allerdings trügerisch sein, denn die DDR ist ein potenter Partner und kein Satellit mehr. Im übrigen ist die SED-Führung recht selbstbewußt und Gorbatschow hat genug Schwierigkeiten im eigenen Land. Außerdem liegt es auch keineswegs in seinem Interesse, zur Destabilisierung der DDR beizutragen. Auch ihm ist die besondere geopolitische Lage der DDR und die daraus resultierende größere Gefährdung des dortigen Systems bekannt. Darüber hinaus dürfte auch für Gorbatschow die DDR eine wichtige und unverzichtbare Errungenschaft des Sieges im Großen Vaterländischen Krieg gegen Hitler sein.

In der tristen Gesellschaft der DDR sind die *Kirchen*, insbesondere die einem gesellschaftspolitischen Engagement offen gegenüberstehende evangelische Kirche, Hoffnungsträger. Nicht wenige Reformanhänger, auch wenn diese nicht oder kaum kirchlich gebunden sind, suchen das abschirmende Dach der Kirchen für ihr Wirken. Regionale Kirchentage und Synoden haben offenbart, daß

die evangelische Kirche, entgegen ihrem Willen, immer stärker als politisch-moralische Gegenkraft angesehen wird. Dort – und nicht in der SED bzw. in der öffentlichen Diskussion – werden entstehende gesellschaftspolitische Fragen freimütig artikuliert. So sind kirchliche Gemeinden und Gruppen teilweise zu Treffpunkten für ausreisewillige DDR-Bürger geworden, wird in kirchlichen Stellungnahmen sehr deutlich auf Defizite im politischen System der DDR aufmerksam gemacht.

Die Kirchen können sich der Aufgabe, Hoffnungsträger zu sein, nicht entziehen, aber sie wissen auch, daß es nicht ihre Aufgabe ist, Kristallisationspunkte unzufriedener, kaum kirchenverbundener sozialreformerischer Kräfte zu sein. Wie schwierig die daraus resultierende Gratwanderung für die Kirchen werden kann, hat sich vor allem Anfang letzten Jahres nach den Festnahmen bei der Gedenkveranstaltung für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gezeigt (vgl. HK, März, 1988, 108 f.). Sie sind bemüht, bei den Repräsentanten der DDR besonders auf die Beachtung der Menschenrechte zu dringen, auf mehr Offenheit zu drängen und ein kritisches Engagement der Bürger hinzunehmen, gleichzeitig ermuntern sie aber zum Ausharren in der DDR. Wenngleich die gesellschaftliche Bedeutung insbesondere der evangelischen Kirche als eine Art „Schutzmacht“ für vor allem junge Regimekritiker enorm gestiegen ist, so wird diese als Kirche nicht in gleicher Weise mächtiger: im Gegenteil, der Ausblutungsprozeß schreitet fort.

## Stagnation kann zu Instabilität werden

Angesichts der tatsächlich vorhandenen unterschiedlichen Entwicklungssituation kann man von der SED-Führung keine schematische Übernahme des Reformkurses von Gorbatschow erwarten, doch statt des beinahe penetranten Eifers beim Sich-abschotten vor Entwicklungen in der Sowjetunion müßte die SED-Führung ihr vitales Interesse an der Entwicklung einer für sie maßgeschneiderten Umgestaltung erkennen und einsehen, daß sich die geschichtliche Wahrheit nicht auf Dauer unterdrücken läßt. Das jetzige rechthaberische Beharren auf alten Positionen kann letztlich systemschädlich wirken. Parolen wie „keine Experimente“ und das penetrante Pochen auf Kontinuität können keine Aufbruchstimmung bzw. eine breitere Akzeptanz bei der Bevölkerung bewirken. Größere Leistungen, mehr Engagement und Eigeninitiative sowie größere Staatsverbundenheit sind von der Bevölkerung nur zu erwarten, wenn es reale Hoffnungen auf Verbesserungen gibt, wenn guter Wille der Regierenden und Elemente einer zukunftsorientierten neuartigen Politik erkennbar sind. Gegenwärtig durchläuft die DDR eine Phase der Stagnation, die den Verhältnissen der Sowjetunion während der Breschnew-Zeit (als Reaktion auf die Elemente der Entstalinisierung unter Chruschtschow) vergleichbar ist. Die jetzige relative Stabilität auf der Basis des Abschottens und des sterilen Beharrens auf althergebrachten Positionen kann zur Gefahr für die Stabilität von morgen werden.

*Herbert Prauß*